

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 1/2024

8. März 2024



Liebe Leserinnen und Leser,

seit meinem letzten Newsletter vom Dezember letzten Jahres ist schon wieder einige Zeit vergangen. Doch noch immer, nun schon über zwei Jahre, tobt der schreckliche Angriffskrieg Russlands in der Ukraine und bringt unendliches Leid, Tod und Zerstörung in das Land. Kaum ein Tag vergeht ohne furchtbare Nachrichten darüber. Dazu kommen der Gaza-Konflikt in Israel, Klimawandel, Inflation, Rezession, etc. Das ist oft deprimierend und ich gebe zu, dass auch ich das alles manchmal einfach gerne nur weg-schieben möchte und mir einfache und schnelle Lösungen wünsche. Doch einfache Lösungen gibt es nicht für derart komplizierte Sachverhalte. Bei einfachen Lösungen sollten wir immer auf der Hut sein und hinterfragen, wo diese herkommen und was sie bezwecken sollen. Wir dürfen nicht vergessen, dass Russland neben dem konventionellen Krieg in der Ukraine einen Informationskrieg gegen die westliche Welt führt. Ziel des Kremls ist, destruktive Stimmung in der Bevölkerung zu machen, die Gesellschaft zu spalten und damit unsere freiheitliche Grundordnung zu destabilisieren. Das machen sich Empörungsparteien, wie die AfD oder die neue Wagenknecht-Partei zunutze. Sie bauen ihr simples Weltbild auf Desinformation und zunehmend auf widerlichste Hetze und respektlose Häme gegenüber Politikerinnen und Politikern, aber auch gegen Migranten oder einfach gegen Menschen, die nicht in ihr Schema passen, auf. Wie schnell sind angeblich lustige Posts geteilt. Genauso schnell wird miese Stimmung, ja teilweise sogar Aggression und Hass gegenüber „denen da oben“ oder gegen Migranten oder generell Andersdenkende geschürt. Biberach und Amtzell sind mahnende Beispiele dafür. Wenn wir unsere Demokratie erhalten wollen, müssen wir wachsam sein und standhaft bleiben. Wir müssen hinterfragen, was richtig und was Propaganda ist. Und wir dürfen uns nicht scheuen,

Diskussionen – sind sie auch noch so mühselig und nervenaufreibend – zu Ende zu führen. Wir dürfen den Populisten und Miesmachern nicht das Feld überlassen!

Die Basis unserer Demokratie sind die Kommunalparlamente. In den letzten Wochen und Monaten haben die Parteien Kandidatinnen und Kandidaten für ihre Listen zur Kommunalwahl am 9. Juni aufgestellt. Es freut mich sehr, dass sich auch hier in meinem Wahlkreis Heidenheim wieder viele Menschen haben finden lassen, die bereit sind, sich für die SPD in ihren Städten und Gemeinden zu engagieren und an deren Gestaltung mitzuwirken. Ihnen wünsche ich für die Wahlen viel Erfolg!

Heute ist der 8. März, der Internationale Frauentag. Der Tag, an dem Frauen seit Anfang des letzten Jahrhunderts in der ganzen Welt um Gleichberechtigung kämpfen. Zugegeben: Es ist viel geschehen in den letzten Jahrzehnten, um die Situation von Frauen zu verbessern. Doch wir sind noch lange nicht da, wo wir hinwollen - wo wir als Gesellschaft hinmüssen. Noch immer verdienen Frauen weitaus weniger als ihre männlichen Kollegen. Noch immer arbeiten vorwiegend Frauen in Teilzeit, übernehmen den Großteil unbezahlter Care-Arbeit, kümmern sich um Kinder, pflegen ihre Angehörigen und engagieren sich im Ehrenamt. Und noch immer sind Frauen deutlich stärker von Altersarmut bedroht als Männer. Wenn wir wirkliche Gleichberechtigung schaffen wollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass Frauen die gleichen Möglichkeiten erhalten. Dass sie sich nicht zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen. Dafür brauchen wir vor allem mehr und kostenfreie Kita-Plätze, mehr Ganztagsangebote an den Schulen und auch mehr und bezahlbare Pflegeplätze. Hier ist Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich in der Bringschuld.

In diesem Sinne wünsche ich allen Frauen einen schönen Frauentag und weiterhin viel Kraft und Erfolg in ihrem Kampf um Gleichberechtigung. Die SPD steht an Eurer Seite. Und natürlich wünsche ich auch heute eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

Fraktionsklausur in Heidelberg

Zum Start ins neue Jahr haben die 19 Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion auf ihrer Klausur in Heidelberg ein Paket von Forderungen für eine aktive und bessere Landespolitik auf den Weg gebracht. Die Zahl der Aufgaben ist immens und an manchen Stellen brennt es schlicht. Umso mehr braucht es jetzt Politik, die anpackt, anstatt nur abzuwarten. Wir erleben, dass die Welt sich rasant ändert. Es ist nur logisch, dass sich auch unser Land anpassen muss, um die neuen Herausforderungen zu meistern. Konstruktive Oppositionsarbeit heißt für uns, konkrete Lösungswege aufzuzeigen, erst Recht, wenn die aktuelle Regierung weder regiert noch reagiert, sondern nur jammern staunt, wie viel Unterricht ausfällt, wie teuer die Wohnungen sind, wie angespannt die Situation in unseren Kommunen ist. Dieses Nichtstun wird zum echten Standortrisiko für unser Land. Wir zeigen Vorschläge und Forderungen, um in den kommenden Jahren nicht noch mehr in die Klemme zu geraten. Diese umfassen dabei sowohl schnelle Abhilfen und Sofortmaßnahmen als auch mittelfristige Vorsorge sowie Neuausrichtungen gerade im Hinblick auf die Zusammenarbeit von Land und Kommunen.

Im Rahmen unserer Klausur haben wir uns eingehend informiert und mit Fachleuten ausgetauscht. Zu Gast waren unter anderem der EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte Nicolas Schmit (Luxemburg) und Frank Mentrup, Präsident des Städtetags Baden-Württemberg. Zudem haben wir uns mit Fachleuten aus den Bereichen EU, Kommunales und Migration ausgetauscht. Gespräche auf diversen Vor-Ort-Terminen im Raum Heidelberg und beim traditionellen Bürgerempfang der Fraktion ergänzten unser umfangreiches dreitägiges Programm.



Foto: Ansgar Wörner

Auszüge aus den Beschlüssen und Positionspapieren:

<https://www.andreas-stoch.de/andreas-stoch-das-land-braucht-eine-politik-rascher-abhilfe-und-kluger-vorsorge/>

Politischer Aschermittwoch

Die SPD Baden-Württemberg lud zum politischen Aschermittwoch nach Ludwigsburg ein. Bei zünftiger Musik und deftigem Essen folgten rund 600 Gäste den angriffslustigen Aschermittwochsreden. Als Landesvorsitzender ging ich hart mit der Landesregierung ins Gericht: „Grün-Schwarz hat unser Land auf Verschleiß gefahren. Bei Kitas und Ganztag sind wir fast schon ein deutsches Entwicklungsland. Selbst in der Wirtschaft können wir nicht ewig vom alten Ruhm abbeißen. Der Automobilmarkt ist in gewaltigem Umbruch, die Transformation eine Riesenaufgabe. Andere Länder sorgen für eine aktive Industrie- und Strukturpolitik. Doch Grün-Schwarz kommt nicht aus der Zuschauerrolle und bleibt eine Stillstands-Koalition, die bei der geringsten Bewegung auseinanderbrechen würde.“



Foto: SPD Baden-Württemberg

SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert verurteilte zu Beginn seiner Rede die Demonstrationen, die zur Absage des Politischen Aschermittwochs der Grünen in Biberach geführt haben: „Kein Demokrat darf auch nur klammheimlich Freude empfinden, wenn Veranstaltungen von anderen gestört werden. Dagegen kann es nur klare Kante geben.“ Zum Umgang mit dem Rechtspopulismus sagte Kühnert: „Es kommt auf die demokratischen Kräfte an, um zu verhindern, dass Rechtsradikale an die Macht kommen. In vielen europäischen Ländern sind Konservative und Liberale den Pakt mit dem Teufel eingegangen, um die Sozialdemokraten aus der Regierung zu bekommen. Sie dachten, sie könnten den Löwen in der Regierung bändigen, sind aber als Bettvorleger geendet. Es ist gut, dass wir politische Verantwortung tragen und das Land nicht denjenigen überlassen, die Absolutheitsansprüche hegen und unfähig sind zum Kompromiss und Gespräch über Meinungsgrenzen hinweg. Das ist die zentrale und edelste Aufgabe unserer Zeit. Und wer könnte sie besser ausfüllen als die SPD mit ihren 161 Jahren Geschichte und Erfahrung?“

Grün-Schwarze Wohnungskrise

In der 86. Sitzung des Landtags am 31. Januar kritisierte die SPD das Nichtstun der Landesregierung gegen die akute Wohnungsnot im Land im Rahmen einer Aktuellen Debatte. (Auszug aus meiner Rede)

„Das Land reagiert in keinster Weise mit der notwendigen Entschlossenheit auf den Ernst der Lage. Wenn das Land weiter untätig ist, wird die Wohnungswirtschaft und in der Folge die Baubranche in die tiefste Krise seit Jahrzehnten rutschen“, sagt der Präsident der Architektenkammer Baden-Württemberg in diesen Tagen. Es ist nicht 5 vor 12 beim Thema Wohnen, sondern 5 nach 12. Wann handelt die Landesregierung endlich? Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist für viele Menschen schon seit Jahren bedrohlich, die sich mit mittleren und kleinen Einkommen schwertun, überhaupt noch bezahlbare Wohnungen zu finden. Viele andere müssen einen großen Anteil ihres Einkommens fürs Wohnen aufwenden. Das ist sozialer Sprengstoff! Von den deutschen Städten mit den teuersten Mieten liegt inzwischen jede dritte in Baden-Württemberg. Das ist nicht nur eine ungeheuerliche Belastung für hunderttausende Familien, das schadet auch unserer Wirtschaft. Denn ein Standort, an dem bezahlbarer Wohnraum fehlt oder zu teuer ist, kann kein attraktiver Standort sein für Fachkräfte, die wir so dringend brauchen. Schon im Frühjahr letzten Jahres hat die SPD gewarnt, dass spätestens in der zweiten Jahreshälfte die Auftragslage im Baubereich abzureißen droht. Der Markt ist am Zusammenklappen, hunderte Betriebe sind in ihrer Existenz gefährdet und es gibt bereits erste Insolvenzen. Hunderte, wenn nicht gar tausende Arbeitsplätze sind bedroht. Es wäre eine Katastrophe für unser Land, wenn wir auf diese Kapazitäten zukünftig nicht mehr zurückgreifen könnten. Warum tut die Landesregierung nichts dagegen? Vor einem Jahr hat sie sich gebrüstet, 463 Millionen Euro für Wohnraumförderung freigegeben zu haben. Davon kamen 326 Euro vom Bund, d.h. auf jeden Euro aus Berlin hat das Land gerade einmal 35 Cent aus der eigenen Kasse draufgelegt. Andere Bundesländer haben diese Zahl verdoppelt, manche haben sogar auf jeden Euro zwei draufgelegt. Warum tut Baden-Württemberg nichts, obwohl hier 206.000 Sozialwohnungen fehlen. Ende 2022 hat die Wohnungsbauministerin stolz die Trendwende verkündet: Der Bestand an Sozialwohnungen habe erstmals zugenommen, um sage und schreibe 1,5 Prozent. Wenn wir in diesem Tempo weitermachen, dann haben wir die Wohnungsnot in 280 Jahren beseitigt. Es reicht bei Weitem nicht, was diese grün-schwarze Landesregierung tut!

Politische Veranstaltungen schützen

In der 88. Sitzung des Landtags am 28. Februar forderte die SPD in einer Aktuellen Debatte anlässlich der Vorfälle um den politischen Aschermittwoch der Grünen in Biberach, politische Veranstaltungen besser zu schützen. (Auszug aus meiner Rede)

Die Vorfälle in Biberach haben Entsetzen und Fassungslosigkeit ausgelöst. Was dort passiert ist, hat mit zivilisiertem Streit, der in einer Demokratie möglich sein muss, nichts mehr zu tun. Leider war das kein Einzelfall. In Schorndorf hatten wir am selben Tag ähnlich erschreckende Vorfälle, als eine Repräsentantin einer demokratischen Partei, in diesem Fall Ricarda Lang von den Grünen, aufs Übelste beleidigt wurde und von erheblichen Polizeikräften geschützt werden musste. Vom Ministerpräsidenten haben wir die Forderung gehört, alle demokratischen Parteien müssten jetzt klar Position beziehen. Uns als SPD kann er damit nicht meinen, denn wir haben schon am Aschermittwoch klar Position bezogen: Weder Relativierungen noch klammheimliche Freude darüber, was dort passiert ist, sind akzeptabel. Das Demonstrationsrecht ist ein extrem hohes Gut unserer Demokratie. Aber diese ist gefährdet, wenn aus Kundgebungen Krawalle und Argumente durch Pflastersteine ersetzt werden. Das Grundrecht des einen darf das Grundrecht des anderen nicht verhindern. Wir alle werben um politisches Engagement, auch bei der Kommunalwahl in diesem Jahr. Doch dann sehen die Leute, wie Politikerinnen und Politiker von einem gewaltbereiten Mob aus der Stadt vertrieben werden und die Polizei das nicht verhindern kann. Der Schaden ist immens. Diese Ereignisse werfen daher Fragen auf, gerade auch an den Innenminister. Wie war es möglich, dass die schon im Vorfeld erkennbare Mobilisierung radikaler Kräfte nicht erkannt oder nicht richtig eingeschätzt wurde? Warum hatte die Polizeiführung die Präsenz deutlich erhöht, aber keine ausreichende Reserve? Warum hat es nach ersten Eskalationen lange vor Morgengrauen noch Stunden gedauert, ehe zusätzliche Kräfte vor Ort waren? Warum wurden keine Polizeigitter aufgestellt bzw. Barrieren am Veranstaltungsort errichtet, um den sicheren Zugang für den Ministerpräsidenten und den Bundesminister zu gewährleisten? Warum ist der Ministerpräsident gar nicht erst nach Biberach reingefahren, sondern hat außerhalb auf weitere Informationen gewartet? Es reicht nicht, wenn der Innenminister ständig wiederholt, alles sei doch bestens abgelaufen. Das ganze Land will wissen, wie dafür gesorgt wird, dass sich solche Vorfälle nicht wiederholen. Das ist Ihre Verantwortung, Herr Innenminister!

Bündnis für Demokratie und Menschenrechte



Mitte Januar habe ich viele Parteien, Verbände und Organisationen angeschrieben und angeregt, ein Bündnis für Demokratie und Menschenrechte zu gründen. Ich freue mich sehr, dass inzwischen über 100 Organisationen aus allen gesellschaftlichen Bereichen diesem Bündnis beigetreten sind und dass innerhalb kürzester Zeit ein so breites, überparteiliches und vor allem zivilgesellschaftliches Bündnis in Baden-Württemberg entstanden ist. In diesem Bündnis setzen wir ein deutliches Zeichen gegen demokratie- und menschenfeindliche Aktionen. Wir wollen zeigen, dass wir für unsere freiheitliche Demokratie und die Rechte jedes und jeder Einzelnen einstehen. Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, dass wir unsere Freiheit und Demokratie nicht für selbstverständlich halten dürfen. Wir müssen sie verteidigen! Ich bin dankbar, dass so viele Menschen bereit sind, ihre Stimme zu erheben – nicht nur in unserem Bündnis, sondern auch bei den vielen großen Kundgebungen im Land.

Besonders freue ich mich, dass auch die Stadt Giengen, wo ich aufgewachsen und noch immer stark verwurzelt bin, diesem Bündnis beigetreten ist. Anfang März fand dort eine große Kundgebung statt, bei der ich als Initiator des Bündnisses für Demokratie und Menschenrechte sprechen durfte.



EU-Schulprojekttag am MSG

Jedes Jahr werden alle Abgeordneten bundesweit eingeladen, eine Schule in ihrem Wahlkreis zu besuchen und dort mit Schülerinnen und Schülern über die Europäische Union zu diskutieren. Dieses Jahr fand der EU-Schulprojekttag am 4. März statt und während Bundeskanzler Olaf Scholz eine Schule in Sindelfingen besuchte, kehrte ich an mein Giengener Gymnasium zurück, wo ich 1989 das Abitur ablegte. Im Gemeinschaftskundeunterricht einer zehnten Klasse konnte ich mich und meine politische Arbeit als Abgeordneter und Vorsitzender von SPD-Landtagsfraktion und Landespartei vorstellen, bevor ich mich den Fragen der interessierten Schülerinnen und Schüler stellte. Hauptsächlich ging es dabei um die anstehenden Europawahlen. Diese sind in diesem Jahr besonders wichtig und werden große Auswirkungen auf Deutschland haben, erklärte ich der Klasse. Die Friedensidee, die nach dem 2. Weltkrieg zum Zusammenschluss der europäischen Länder geführt hat, wird durch die russische Aggression und zunehmende rechte und nationalistische Tendenzen in einigen Mitgliedsstaaten gefährdet. Jede Stimme für eine demokratische Partei ist wichtig, um den europäischen Gedanken zu stärken. Die Absenkung des Wahlalters begrüße ich, denn junge Menschen sollen über ihre Zukunft mitentscheiden.

Ich motivierte die Schülerinnen und Schüler auch, sich mit der Politik in ihren Heimatorten zu befassen. Dort werden ebenfalls im Juni die Kommunalparlamente gewählt. Jugendliche ab 16 können dabei nicht nur ihre Stimme abgeben, sondern sich selbst als Kandidaten aufstellen lassen. Es ist wichtig, dass junge Menschen unsere Demokratie unterstützen und stützen.



Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL

Redaktion: Danjela Folberth

Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim

Tel.: 07321/ 4 00 80

E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de

Internet: www.andreas-stoch.de